

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. Friedrich Bredde
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Postfach 1000
Telefon 1000
Schlesische Str. 100
Druckerei: U. 4, Marienstraße 20/21

Wassergeld bei 15% Abgabe...
Kaufkraft...
Kaufkraft...
Kaufkraft...

Druck u. Verlag...
Druck u. Verlag...
Druck u. Verlag...

Quertreibereien Frankreichs in Genf

Vorfällen von den Fünf-Mächte-Beschlüssen

Genf, 16. Dez. In hiesigen internationalen Kreisen erregt eine Denkschrift der französischen Abrüstungsabordnung großes Aufsehen, in der gegen die amtliche deutsche Auslegung der Fünf-Mächte-Verabbarung vom 12. Dezember Stellung genommen wird. Diese Denkschrift, die einzelnen hiesigen Stellen vertraulich übermittelt worden ist, deckt sich inhaltlich fast vollständig mit der von der halbamtlichen Gagos-Agentur gefälschten Stellungnahme.

Die Denkschrift sucht die Fünf-Mächte-Verabbarung in allen Punkten zu entwerren

und betont, daß selbstverständlich im Falle eines Scheiterns der Abrüstungsabhandlungen der Versailler Vertrag weiter unbeschränkt in Kraft bleibe, daß ferner die Gleichberechtigungsfrage Deutschlands in unlösbarer Zusammenhang mit der Regelung der Sicherheitsfrage gebracht sei und die Gleichberechtigung nur durch die Sicherung der Abrüstungsabhandlungen zu erreichen sei. Die deutsche Regierung habe ihre Forderung auf Anerkennung der qualitativen Gleichberechtigung und der gleichen Weltanschauung des kommenden Abrüstungsabkommens nicht durchgesetzt. Teil V des Versailler Vertrages werde nur dann abgeändert werden, wenn das fünftägige Abrüstungsabkommen von sämtlichen Signatarstaaten des Versailler Vertrages unterzeichnet und auch ratifiziert worden sei.

Auf französische Trud wird die große Kanonade von der gesamten hiesigen Presse in größter Zustimmung begrüßt. Dieses planmäßige französische Vorgehen wird in allen unparteiischen Kreisen

als ein offenes Abbrühen der französischen Regierung von der Fünf-Mächte-Verabbarung

bewertet. Der Prozeß der kleineren Mächte im Hauptanhang der Konferenz kann daher nur als der erste Schritt zu einem planmäßigen französischen Vorgehen zur Entwertung der gesamten Fünf-Mächte-Verabbarung angesehen werden. Die deutsche Regierung

wird unter Berücksichtigung dieser Lage den entscheidenden Kampf auf der bevorstehenden Januarstagung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz aufnehmen müssen.

Chaunteps' Bemühungen um ein Kabinett

Paris, 16. Dez. Der bisherige Innenminister Chaunteps, der am Donnerstag in der Sitzung des Nationalrats beauftragt wurde, hat bis in die späten Abendstunden mit den Führern der Parteien und den Präsidenten der großen Ausschüsse verhandelt, ohne jedoch schon zu irgendeinem Ergebnis gelangt zu sein.

Die größte Schwierigkeit liegt in der Weigerung Herriot, sich in irgendeiner Form am neuen Kabinett zu beteiligen.

Die Bemühungen Chaunteps gehen dahin, eine radikal-sozialistische Regierung zu bilden, die auf die wohlwollende Unterstützung der Sozialisten rechnen darf. An eine direkte Beteiligung der Sozialisten in im Augenblick nicht gedacht. Die Beratungen Chaunteps werden heute (Freitag) fortgesetzt. Man rechnet nicht damit, daß er vor heute nachmittag ins Elisee zurückkehrt, um dem Staatspräsidenten seine endgültige Antwort zu übermitteln. Trotz der Schwierigkeiten, die ihm dem augenblicklichen Innenminister entgegenstellen, ist man in politischen und parlamentarischen Kreisen sehr optimistisch.

Laval schärfstens gegen Zahlung

Paris, 16. Dez. Gegenüber dem Pariser Korrespondenten der „Associated Press“ hat sich Senator Laval über die Zahlung der Reparationen geäußert. Er behauptet seine Anerkennung, daß, wenn im Senat auch nur eine Stimme gegen die Zahlung vom 15. Dezember laut werden sollte, dies die Folge wäre, Laval betonte die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Amerika. Demnach werde er im Senat Gelegenheit haben, die juristische und moralische Bedeutung der im Juni 1931 von Hoover ergriffenen und im Dezember 1931 vom Senat ratifizierten Initiative zu interpretieren. Er werde sich über die Verbindung zwischen Reparationen und Schulden äußern. Frankreich könne nicht allein die Folgen der Fehlleistung der Schuldentilgung tragen.

Amerika erwägt Gegenmaßnahmen

Große Erbitterung über Frankreich

Washington, 16. Dez. Die Zahlungserweiterung verschiedener Schuldverträge hat in politischen Kreisen starke Mißbilligung hervorgerufen. Der demokratische Senator McCallister von Tennessee kündigt eine Vorlage an, die für Geschäftsleute und Touristen, die nach Frankreich reisen wollen, 2000 Dollar Ausreise-Vismastoken vorlegt. Der republikanische Senator Johnson von Kalifornien wird eine Vorlage einbringen, die den Handel mit Wertpapieren der Schuldnerregierungen verbietet, die sich für zahlungsunfähig erklärt haben. Inwiderhandlungen sollen mit 10 000 Dollar Geldstrafe oder fünf Jahren Gefängnis bestraft werden.

Wie aus Nord-Karolina bekannt wird, hat sich dort eine Franzosen-Gruppe organisiert, die sich aller Reisen nach Frankreich so lange enthalten will, bis die französische Schuldentilgung erfolgt.

Die französische Zahlungserweiterung hat dazu geführt, daß die Stimmung im Kongress einer freundlicheren Behandlung Großbritanniens in bezug auf die Schuldenfrage immer günstiger wird. Wie verlautet, wird Senator Harrison, der ein führendes Mitglied der demokratischen Partei ist und vom 5. März ab den Vorsitz im Finanzauschuß übernehmen wird, schon in den nächsten Tagen

einen Gesetzentwurf über die Verabfolgung der britischen Kriegsschulden einbringen.

Dieser Vorschlag eines prominenten Mitgliedes der aus dem Wahlkampf siegreich hervorgegangenen Partei hat mehr Aussicht auf Annahme, als wenn Hoover dem Kongress die gleiche Maßnahme empfehlen würde. Roosevelt, der künftige Präsident, gilt als durchaus neutral, den britischen Wünschen entgegenzukommen, sofern es sich um eine Neuregelung des Schuldenproblems finden läßt, durch die nicht die gesamte Last auf die Schultern Amerikas abgewälzt werde.

W e Eng'and zahlte

London, 16. Dez. Entsprechend dem Beschluß der englischen Regierung ist die Schuldentilgung in Höhe von 1974 Millionen Goldpfund an Amerika gezahlt worden. Die Bank von England hatte vom Schatzamt Anweisung erhalten, das Gold zugunsten der Firma Morgan bereit-

zustellen, die die Remontier-Maschine für die englische Regierung ist. Die Bank von England gab hierauf bekannt,

daß Goldbarren im Werte von 19 682 881 Pfund und ausländische Goldmünzen im Werte von 1145 Pfund verkauft seien.

Das für Amerika bestimmte Gold wird vorläufig in den Gewölben der Bank von England bleiben, jedoch zur Verfeinerung verpackt werden, so daß die Federal Reserve Bank jederzeit das Gold abrufen kann. Angeblich sind hierüber bereits Verhandlungen eingeleitet. Die Verfeinerung wird ab nächster Woche erfolgen, da die Verfeinerungs-gesellschaften das Silber für die gesamte Summe nicht übernehmen wollen.

Die Londoner „Globe“ rechnet der „Financial News“ zufolge damit, daß in absehbarer Zeit starke Goldabflüsse von Frankreich nach den Vereinigten Staaten stattfinden werden. Die Neutralität der Reichsmark gegenüber dem Franken

könne zu Goldabflüssen von Paris nach Deutschland führen.

Die Reichsmark wurde zum erstenmal seit Beginn der Zahlungserweiterung in Europa mit einem leichten Aufschlag im Vergleich zum Dollar gehandelt, was letzten Endes auf die besseren Geschäftsaussichten in Deutschland und die Aufwärtsbewegung der Preise an den deutschen Börsen zurückzuführen sei.

Griechische Ministerkrise

Athen, 16. Dez. Nachdem der Ministerrat beschlossen hatte, für die diesjährigen Ausgaben der griechischen Auslandsanleihen 30 v. D. in fremden Devisen zu zahlen, hat der Finanzminister seinen Rücktritt eingereicht, weil er der Ansicht ist, daß die Zahlung der Anleihen sowohl der Staatskasse als auch die Devisenlage ernstlich gefährde. Der Finanzminister hofft, mit seinem Rücktrittsgesuch den Finanzminister noch umstimmen zu können, um so mehr, als zwei weitere Minister seine Ansicht teilen. Vorläufig wird der einmütige Beschluß des griechischen Ministerrats auf den Druck der westlichen Länder zurückzuführen, die Griechenland Anleihen zu gewähren haben. Sie sollen für den Fall der Nichtzahlung mit dem Ausschluß der griechischen Erzeugnisse gedroht haben.

Hochhausbrand in Tokio - 10 Tote, 50 Schwerverletzte

Tokio, 16. Dez. Mitten im Geschäftsviertel der Stadt brach in einem Hochhaus, dessen acht Stockwerke von Verkaufsläden eingenommen werden, ein furchtbares Feuer aus. Zahlreiche Kunden und Verkäuferinnen wurden von einer Panik ergriffen und stürzten auf das Dach des Gebäudes. Die Feuerwehr rückte sofort mit ihrer gesamten Macht an und arbeitete sieberhaft, um die Eingekesselten zu befreien. Polizei und Militär mußten angeboten werden, um die unruhigen Menschenmassen in Ordnung zu halten, die die Menge herbeigezogen hatte. Fünf Militärlinien waren Feuerlöscher auf das Dach. Die Zahl der Todesopfer beträgt 10, 50 Personen sind schwer verletzt worden, weit über 100 leicht. Der Schaden wird auf 5 Millionen Yen geschätzt.

Der Eindringling von Doorn in Verhör

Düsseldorf, 16. Dez. Aus der polizeilichen Vernehmung des Eindringlings von Schloss Doorn, Kuecker, werden jetzt Einzelheiten bekannt. Die Schutzpolizei will er von einem ihm unbekanntem Volkswagen zu dem Jued gefahren haben, die Stunde im Schlosshof von Doorn, die ihm bei dem ersten Eindringen bekannt, einzuschleusen. Einen bei ihm vorgefundenen Trakt will er zum Heberischen der Schlossmauer benutzt haben. Nach eigenen Ausstellungen

leide Kuecker an einer hemmungslösen Weltanschauung.

Er behreite ernstlich, die Abficht gehabt zu haben, den Kaiser zu töten. — Kuecker dürfte sich zunächst wegen Fahrgeschens im Schnellverfahren zu verantworten haben. Inwiefern Kuecker sich sonst strafbar gemacht hat, muß noch geklärt werden. So viel steht jedenfalls fest, daß er die wehrfähige rechtliche Jugendstrafe, für die ihm vor einigen Monaten Bewährungsfrist bewilligt worden war, nun verstoßen muß, falls er nicht für geistig unzurechnungsfähig bzw. strafrechtlich nicht verantwortlich erklärt wird.

Saargemeinden gegen landfremden Einfluß

Saarbrücken, 16. Dez. Der Bürgermeisterrat der Gemeinde Sprossen-Elvenerberg faßt mit den Stimmen aller Parteien eine Entschließung, in der die Bevölkerung aufgefordert wird, ihre Kinder nicht in französische Schulen zu schicken und sich in Fällen wirtschaftlichen Drucks an ihre politische oder gewerkschaftliche Führung zu wenden.

Der Sprossener Gemeinderat faßt ebenfalls eine gegen landfremde Einflüsse gerichtete Entschließung, in der die in der ständigen Tätigkeit der saarländischen Regierungskommission enthaltene trübselige Not

der weitans größten Bevölkerungsteile des Saarlandes festgestellt wird. Vor allem werden baldige Verhandlungen über die Rückgliederung des Saargebietes an das Reich gefordert, da alle bisherigen Wahlen zeigten, daß bei der Abstimmung 1935 noch nicht einmal der kleinste Bruchteil der Bevölkerung für Frankreich oder für ein autonomes Saargebiet stimmen wird.

Gewerkschaftsvertreter bei Warmbold

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 16. Dezember. Im Reichswirtschaftsministerium fand heute eine Aussprache zwischen dem Reichswirtschaftsminister Warmbold und den Vertretern der Gewerkschaften statt, bei der eine Reihe aktueller Fragen auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik eingehend erörtert wurden. Weitere Besprechungen mit den Verbänden der Unternehmer finden in den nächsten Tagen statt. Der Zweck der Besprechung, die von Seiten der Gewerkschaften gewünscht worden war, ging dahin, ihnen Informationen über die Arbeitsverhältnisse der Arbeitsbeschaffung, die Messung der Spitzenbeschäftiger, der Subventionen usw. zu beschaffen. Erörtert wurde auch die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz.

Adolf Hitler in Berlin

Berlin, 16. Dez. Adolf Hitler ist am Freitag in Berlin eingetroffen. Er wird an einer Sitzung der preussischen Landtagsfraktion teilnehmen, um sich anschließend zu einer Gasttagung nach Halle zu begeben. Am Sonntag nimmt Hitler an einer weiteren Gasttagung in Hamburg teil.

Scheimrat Willy Merck †

Darmstadt, 16. Dezember. Scheimrat Dr. Dr. h. c. Willy Merck ist hier gestern im Alter von 72 Jahren gestorben. Der Verstorbenen war der älteste Altinhaber der pharmazeutischen Gesellschaft Merck, Darmstadt. Er ist u. a. Schwiegervater des Führers der Deutschen Volkspartei, Eduard Dingeldein und des früheren Reichsfinanzministers Dr. Peter Reinhold.

M. d. N. Therese Namengel †. Am Donnerstag starb plötzlich die deutschnationale Reichstagsabgeordnete Frau Therese Namengel. Sie wurde auf der deutschnationalen Reichstagsliste zur Vertretung des Saargebietes gewählt.

Gericht...
Verlag...
Druck...

Städt...
Verlag...
Druck...

Verlag...
Druck...

Verlag...
Druck...

Verlag...
Druck...

Verlag...
Druck...

Verlag...
Druck...

Verlag...
Druck...

Verlag...
Druck...